

Berlin ist rot-rote Kriminalitätshauptstadt



In einem Namensartikel nimmt der Spitzenkandidat der Berliner CDU, Friedbert Pflüger,

Friedbert Pflüger

Stellung zur Kriminalität in Berlin:

Berlin ist nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei die Millionenstadt in Deutschland mit der höchsten Kriminalitätsbelastung. 500.000 registrierte Straftaten pro Jahr – nirgendwo ist es so unsicher wie in Berlin. Hinzu kommt die Dunkelziffer: Alltagskriminalität wird oft gar nicht mehr angezeigt, Drogendelikte, Graffiti oder Diebstähle als Bagatellen abgetan. Oft ist die Polizei gar nicht mehr präsent, kann also weder Anzeigen aufnehmen, geschweige denn Straftaten verhindern. Die Aufklärungsquote ist erneut gesunken. Auch wenn es niemand gerne hört: Berlin ist die Kriminalitätshauptstadt in Deutschland! Ins-

besondere die Jugendkriminalität ist in Berlin auf dem Vormarsch. Die Rohheit und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen hat eine neue Dimension erreicht. Die Landespräventionsbeauftragte



Täter immer brutaler - und Rot-Rot betreibt Raubbau bei der Polizei

Susanne Bauer weist auf die besonderen Probleme mit Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft hin: Einer von drei Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird straffällig. 80% der jugendlichen

Intensivtäter sind nichtdeutscher Herkunft. Der rot-rote Wowereit-Senat steht der wachsenden Kriminalität hilflos gegenüber. Wegsehen, Verharmlosen, Schönreden. Der Verzicht darauf,

jugen Menschen Grenzen aufzuzeigen, die Diffamierung von preußischen Tugenden wie Disziplin, Ordnung, Pflichtbewusstsein, Pünktlichkeit, Fleiß, Kameradschaft, Rücksichtnahme

und gutem Benehmen als „Sekundärtugenden“ (so Oskar Lafontaine) hat nicht zu Freiheit, sondern zu Orientierungslosigkeit und Verlorenheit geführt. Wie viele Kinder in Berlin haben keine warme Mahlzeit am Tag! In wie vielen Elternhäusern finden keine Gespräche statt, dafür aber Streit und Gewalt! Wie viele Babys und Kleinkinder wachsen in verwahten Haushalten ohne Liebe und Zuwendung auf! Es muss Schluss sein mit der von Wowereit propagierten „puren Lebensfreude“, mit dem zynischen Wowereit-Motto „Arm, aber sexy“, das die Spaßgesellschaft auf dem Rücken der armen und arbeitslosen Berlinerinnen und Berliner propagiert. Den Ursachen für Verrohung und Gewalt muss entschieden entgegengetreten werden – dazu braucht es einen Gesinnungs- und Einstellungswandel, zu dem der rot-rote Wowereit-Senat nicht Willens und in der Lage ist.

In Kürze

Rasterfahndung zur Verhinderung von terroristischen Anschlägen sinnvoll

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Rasterfahndung bedauert. Er respektiere selbstverständlich die Entscheidung, sagte aber auch: „Ich hoffe nicht, dass wir in Deutschland eines Tages vor der Frage stehen, warum wir einen terroristischen Anschlag erleben mussten, der mit den Mitteln der Rasterfahndung im Vorfeld hätte verhindert werden können.“

Gewaltexzesse an Schulen endlich ernst nehmen

Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katrin Schultze-Berndt, hat sich über den neuerlichen brutalen Übergriff eines Schülers auf eine Lehrerin entsetzt gezeigt. „Das Spiegelbild der verfehlten Bildungspolitik und der falsch verstandenen Toleranz in der Erziehung der Jugendlichen führt zu immer mehr und brutaleren Gewaltexzessen in und außerhalb von Schulen. Wir brauchen jetzt endlich Antworten auf die grassierende Jugend- und Schülergewalt.“ Die Konzepte der CDU liegen dazu auf dem Tisch.

Schäuble: Muslime müssen Beitrag zur Toleranz leisten

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble plant eine Premiere: Er will die losen Kontakte zwischen dem Staat und den muslimischen Gemeinschaften verbessern. Ihm schwebt ein zwei- bis dreijähriger institutionalisierter Dialog vor, an dessen Ende ein Gesellschaftsvertrag stehen soll. Dazu will er eine Deutsche Islam-Konferenz (DIK) ins Leben rufen.

Strafrecht verschärfen, Betreuung verbessern



Zum Thema Jugendgewalt äußert sich auch Nicolas Zimmer, Vorsitzender der Berliner CDU-Fraktion:

Nicolas Zimmer

Ein 12-jähriger Grundschüler verprügelt seine Lehrerin auf dem Schulhof, ein 14-jähriger Schüler bedroht einen Lehrer mit einem Messer, eine Schülerin geht mit einer Pistole bewaffnet mit dem Gedanken in die Schule, ihre Lehrerin umzubringen. Mitten in Deutschland. Mitten in Berlin. Wie können wir nach dem Hilferuf der Lehrer der Rütli-Schule, dem Überfall auf eine Charlottenburger Schule und diversen, manchmal unglaublichen Gewaltexzessen an Berliner Schulen dieser Lage Herr werden? Neben mehr Erziehungsarbeit durch das Elternhaus, die Schule und die Gesellschaft insgesamt, müssen wir auch endlich intensiv eine Verschärfung des Jugendstrafrechts disku-

tieren. Das Bild unserer Gesellschaft hat sich verändert: Jugendliche von heute sind durch vielfältige Einflüsse der Medien, u.a. Gewaltszenen in Filmen, Computerspiele,



Jugendgewalt: Medieneinflüsse können Hemmschwellen senken

deren Ziel die 'virtuelle' Tötung möglichst vieler Menschen ist, und das Schleifen von Werten und Tugenden in Folge der 68er-Bewegung weitaus schneller gefährdet, die Hemmschwellen zu übertreten. Die Vorstellung des

Gesetzgebers bei der Festlegung der Strafmündigkeit entspricht nicht mehr der Realität in unserer Gesellschaft. Bereits ab 12 Jahren muss künftig das Jugend-

strafrecht anwendbar sein. Die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf über 18-jährige Heranwachsende muss der Regelfall werden. Dazu brauchen wir endlich eine bundeseinheitliche Regelung. Neben der schnellen

Reaktion des Rechtsstaats auf jugendliche Straftäter ist an den Schulen eine intensive Beobachtung und Betreuung notwendig. Dazu müssen verhaltensauffällige Schüler frühzeitig bei der Schulverwaltung erfasst und dauerhaft überwacht werden, diese Schüler in besonderen Betreuungsgruppen zusammengefasst werden, mehrfach auffällige Schüler zügig an eine andere Schule versetzt werden, um sie aus ihrem Umfeld zu lösen, Schulpsychologen und Sozialarbeiter in den problembelasteten Bezirken dauerhaft in den Schulen stationiert werden, um eine hohe Betreuungsdichte zu gewährleisten. Wir brauchen im Umgang mit gefährdeten Kindern und Jugendlichen ein Konzept der ‚Mitfühlenden Härte‘. Das bedeutet einerseits intensive Betreuung und das Angebot zu Hilfe auch an die Eltern, andererseits entschlossenes und wirksames Reagieren staatlicher Autorität bei gewaltsamen Übergriffen.